

„Die Debatte steht jetzt an“

Der Berliner Ärztekammer-Präsident Ellis Huber über die Tötung von lebensschwachen Frühgeborenen

SPIEGEL: Nach dem SPIEGEL-Bericht über die Tötung von extrem schwachen Frühgeborenen an der Erfurter Frauenklinik hat Martin Link, Chefarzt an der Dresdner Frauenklinik, behauptet, die Frage, „ob Frühgeburten in einen Wassereimer kamen“, stellte sich nicht nur in der DDR, sondern überall.

HUBER: Ich teile Links Ansicht, denn ich kann nicht ausschließen, daß so etwas auch in Krankenhäusern in anderen westeuropäischen Ländern, auch in den alten Bundesländern, vorgekommen ist. Ost- und West-Ärzte handeln in dieser Konfliktlage gleich.

SPIEGEL: In der DDR aber hat die Gesetzgebung es den Ärzten erleichtert, Frühchen unter 1000 Gramm keine Chance zu geben. Denn während in der Bundesrepublik ein einziges Lebenszeichen – Herzschlag, Atmung oder pulsierende Nabelschnur – genügt, um ein Frühchen als Lebendgeburt einzustufen, mußten dort Herzschlag und Atmung registrierbar sein.

HUBER: Es gibt eine Grauzone der Lebensfähigkeit. Heute ist für die Medizin mit ihren technischen Möglichkeiten das Leben an seinem Beginn und an seinem Ende manipulierbar geworden. Das führt zu schwierigen ethischen Problemen. In jedem Einzelfall muß sich der Arzt fragen, was humaner ist – einen Patienten sterben zu lassen oder ein leidvolles Leben sinnlos zu verlängern.

SPIEGEL: Können klare gesetzliche Regelungen helfen, ärztliches Handeln in dieser Grauzone zu beeinflussen?

HUBER: Bei Fragen von Leben und Tod brauchen wir gebildete Ärzte mit einem hohen Humanitätsideal, und das läßt sich nicht gesetzlich verordnen.

SPIEGEL: Die Frage, ob Leben um jeden Preis mit Hilfe der modernen Apparatemedizin gerettet werden muß, das Problem der Sterbehilfe, wurde bislang meist nur auf das Ende, nicht auf den Beginn des Lebens bezogen.

HUBER: Das stimmt. Diese Debatte – mit all ihrem ethischen Zündstoff – steht jetzt an.

SPIEGEL: Sind Ärzte beim allgemeinen Streß im Kreißsaal nicht überfordert, wenn sie schnell entscheiden müssen, ob ein extrem Frühgeborenes lebensfähig ist oder nicht und ob es um jeden Preis reanimiert werden soll?

HUBER: Wenn bei einer Geburt unter 1000 Gramm mit nur einem Lebenszeichen die Frage ‚Ist dieses Kind lebensfähig oder nicht?‘ in Sekundenschnelle entschieden wird, dann halte ich das für falsch. Und die „Methode Wasser“,

worben, die bei extrem schwachen Frühchen nicht alle Möglichkeiten zur Lebenserhaltung genutzt haben. Wer soll das Urteil fällen, ob ein Frühgeborenes weiterleben darf oder nicht – die Ärzte, die Eltern oder die Richter?

HUBER: Das kann nur gemeinsam von der Gruppe aller Beteiligten entschieden werden. Aber letztlich muß der Arzt das gemeinsam gefällte Urteil umsetzen.

Wir erwarten, daß Ärzte, die sich um Frühgeborene bemühen, bereit sind, diese immense Verantwortung zu tragen. Denn gleichgültig, wie die ärztliche Entscheidung ausfällt, sie beschränkt sich nicht nur auf das Leben des frühgeborenen Kindes, sondern sie hat weitreichende Konsequenzen auch für das Leben der Eltern.

SPIEGEL: Nach welchen Kriterien soll ein Arzt bei einem extrem schwachen Frühgeborenen entscheiden, wann er es leben oder wann er es sterben läßt? Welche Rolle dürfen die Behinderungen spielen, die ein Frühchen, das mit allen Mitteln durchgebracht wird, zu erwarten hat?

HUBER: In der Anfangsphase kann ein Neonatologe gar nicht wissen, welche und wie schwerwiegende Behinderungen ein frühgeborenes Kind davontragen wird. Deshalb muß er zunächst alles Mögliche zum Lebenserhalt tun. Aber nach diesem ersten Schritt muß neu entschieden werden – dann,

wenn etwa nach allen medizinischen Erkenntnissen absehbar ist, daß dieses Kind auf Dauer nur mit Hilfe von Apparaten am Leben erhalten werden kann.

Auch diese spätere Entscheidung wird mit Risiken behaftet sein. Zutiefst inhuman ist es, grundsätzlich alles, was technisch machbar ist, zu tun. Denn dieser technokratische Machbarkeitswahn ignoriert wesentliche Aspekte menschlichen Lebens, etwa soziale oder spirituelle Dimensionen.

SPIEGEL: In der öffentlichen Diskussion über den Umgang mit Frühgeborenen sehen einige Ost-Ärzte, wie schon nach dem Charité-Skandal, einen pauschalen Angriff des Westens auf



Mediziner Huber: „Für Ehrlichkeit und Klarheit sorgen“

wie sie für Erfurt beschrieben wurde, ist nicht gangbar, denn das ist eine aktive Handlung zum Tod.

SPIEGEL: Darf im Fall von extrem unreifen Frühgeborenen auf Reanimation verzichtet, also passive Sterbehilfe geleistet werden?

HUBER: Ich finde es wichtig, daß die Ärzteschaft, ausgelöst durch den SPIEGEL-Artikel, nun offen über diese Frage sprechen muß. Doch eine allgemein gültige Verhaltensnorm kann es bei diesem schwierigen Problem nicht geben.

SPIEGEL: In den USA sind schon viele Prozesse gegen Ärzte geführt

den Medizinerstand der ehemaligen DDR.

HUBER: In der Ärzteschaft, Ost wie West, wird Kritik an einzelnen Ärzten, die berechtigt ist, subjektiv immer als Angriff auf alle Ärzte verstanden. Kritik an der Medizin, obgleich heutzutage bitter notwendig, wird ebenso mißverstanden. Das führt dazu, daß man nicht die kritikwürdigen Verhältnisse beseitigt, sondern die Kritiker ausgrenzt und die Mängel toleriert.

Die Ärzteschaft muß hier einfach lernen, daß ihr sozialer Auftrag sie dazu zwingt, für Offenheit, Ehrlichkeit und Klarheit nach innen und nach außen zu sorgen.

Kriminalität

Schwarz vor Augen

Raub auf offener Straße ist zum Massendelikt geworden. In der Mehrzahl sind die Täter Drogenabhängige.

Johann Missalla, 80, Küster der katholischen Kirchengemeinde „Verklärung Christi“ im hessischen Bad Vilbel, war morgens um 5.40 Uhr auf dem Weg zur Frühmesse, als er von zwei übernachtigten Kerlen, 17 und 19, aus Frankfurt angemacht wurde: „Opa, haste mal e Mark?“

Missalla wollte weitergehen, doch das Portal des Gotteshauses erreichte er



Drogenhandel (in Hamburg): Pro Person vier Straftaten täglich

Schützen Sie sich vor Raubüberfällen



Schlagen Sie dem Räuber ein Schnippschen, schützen Sie sich und Ihr Eigentum. Wir wollen, daß Sie sicher leben!

Die Hamburger Versicherer Ihre Polizei Hamburg

Raub-Warnung (in Hamburg) „Ganz logische Entwicklung“

nicht mehr. Minuten später fanden Mesesebesucher den Greis auf dem Kirchplatz – erschlagen und ausgeraubt: Die Schlüssel fehlten, ebenso Kamm und Streichhölzer. Geld hatte der Küster nicht dabei gehabt. Die Täter bettelten an der nahen Bushaltestelle ungerührt weiter. Dann fuhren sie „vollgesoffen“, so ein Zeuge, heim in die City.

Die Bluttat von Bad Vilbel zählt zu einer Form von Gewaltkriminalität, die in

Deutschland um sich greift wie nie zuvor. Diethard Wermter, 49, Kripo-Chef in der Wetterau, hat beobachtet, daß sich bei den meist jugendlichen Tätern oft „ein Aggressionsstau“ entlädt: „Das Opfer wird regelrecht niedergemacht.“

So wie in der Wetterau nördlich von Frankfurt, wo sich die Zahl der Raubdelikte binnen Jahresfrist verdoppelt hat, geht es nach Erhebungen des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) fast überall in der Bundesrepublik zu.

In Frankfurt, wo mehr als 20 000 Straftaten auf 100 000 Einwohner kommen, hat sich die Zahl der Raubdelikte binnen zwei Jahren von 1000 auf 2000 verdoppelt. Berlin, die größte Stadt zwischen Paris und Moskau, meldete in der Deliktsparte „Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen“ schon 1990 für den Westteil eine Zunahme um 158 Prozent (von 994 auf 2568 Fälle). Für 1991 registrierte die Polizei für Gesamt-Berlin eine wei-

tere Steigerung um 21 Prozent. Drei von vier Tätern, meldet Polizeipräsident Georg Schertz, seien jünger als 21 Jahre.

Auch in den Städten Nordrhein-Westfalens (plus 33 Prozent), in Hannover (plus 25), Stuttgart (plus 25,5) und München (plus 30) wird mehr geraubt denn je. Hamburg und die Ost-Bundesländer ermittelten ähnliche Werte.

Die neue Welle von oft brutalen Raubdelikten ist, so paradox es klingt, Folge von verschärften Sicherheitsmaßnahmen: Die Täter haben Absatzmärkte verloren oder scheuen das erhöhte Risiko in anderen klassischen Deliktsparten.

So sind Autoradios, jahrelang hochbegehrte Hehlerware, mittlerweile vielfältig gesichert und kaum noch abzusetzen. Viele Kaufhäuser setzen verstärkt Detektive gegen Ladendiebe ein. Und Banken sind durchweg mit versteckten Videokameras ausgerüstet und halten registrierte Geldscheine bereit.

Riskanter sind auch Einbrüche in Boutiquen und Villen geworden, die nach Angaben des BKA „mit immer raffinierterer Technik“ gesichert werden. Deshalb sei „eine ganz logische Entwicklung“ eingetreten: Junkies, Ganoven und Brutalos halten sich mehr und mehr an Alleinstehende, Schwache oder Alte, „bei denen man noch schnell und ohne Risiko an das Geld kommt“.

Bevorzugte Opfer: Rentner an der Wohnungstür, Schüler in einsamen